

1499/J XXI.GP
 Eingelangt am:16.11.2000

Anfrage

der Abgeordneten Emmerich Schwemlein
 und GenossInnen
 an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
 betreffend der Schließung der Lehrwerkstätten der TKW Kaprun

Am Lehrstellenmarkt ist auch heuer keine Entspannung in Sicht. Bereits jetzt gibt es mehr als 2.000 Jugendliche, welche eine Lehrstelle suchen. Da es bis jetzt keine Anzeichen der Regierung gibt an eine Neuauflage der Stiftungen nach dem Jugendausbildungssicherungsgesetzes zu arbeiten, ist unklar wie sich die berufliche Zukunft der Jugendlichen im Pinzgau gestalten wird. Besorgt um ihre berufliche Zukunft schreiben Jugendliche des Bezirks Zell/See um auf folgende Umstände aufmerksam zu machen:

„Im laufenden Schuljahr der Polytechnischen Schule ist die Schüleranzahl um 40% gestiegen - das heißt: von 67 auf 94. An sich eine äußerst positive Entwicklung, wäre da nicht im Gegenzug dazu die Diskussion um die Schließung der Lehrwerkstätte/TKW Kaprun. Berufspraktische Tage („Schnupperlehre“) wie auch die endgültige Lehre als Schlosser, Elektriker etc. sind ausgezeichnete Ausbildungslehrgänge, die für unsere Zukunft einen unschätzbaren Wert darstellen, da es in dieser Region ohnehin zu wenige Lehrstellen gibt.“

Es kann doch nicht zielführend sein, einer Region wie dem Pinzgau, wo Lehrstellen an sich schon Mangelware sind, den vorhandenen Bestand auch noch zu kürzen. Die berechtigten Sorgen der Jugendlichen über ihre Zukunft sind uns ein großes Anliegen, daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende

Anfrage:

1. Wann wird die Lehrwerkstätte der Tauern Kraftwerke Kaprun geschlossen?
2. Wie viele Lehrstellen dadurch verloren gehen?
3. Werden Sie die drohende Schliessung durch den Einsatz von Geldmitteln verhindern?
4. Wie viele Lehrstellen werden in diesem Jahr und in den Folgejahren in Salzburg, speziell im Pinzgau, voraussichtlich nötig?
5. Wie viele Lehrstellen können durch die Mitgliedsunternehmungen der WKS Salzburg in diesem Jahr und in den Folgejahren im Pinzgau voraussichtlich angeboten werden?
6. Was soll mit jenen Jugendlichen dieser Region geschehen, die nicht in der freien Wirtschaft unterkommen?
7. Ist diesbezüglich an die Neuauflage der Stiftungen nach dem Jugendausbildungssicherungsgesetz gedacht?
8. Wie vielen Jugendlichen der genannten Region konnte bisher eine Lehrstelle durch die Maßnahmen auf Grund des Jugendausbildungssicherungsgesetzes angeboten werden?
9. Welcher Geldbetrag steht für die Ausbildung der Jugendlichen im Raum Pinzgau in diesem Jahr und in den nächsten Jahren durch den Staat zur Verfügung?
10. Unterstützen Sie die Idee, eines regionalen Ausbildungsverbundes, unter Berücksichtigung der freien Kapazitäten der Lehrwerkstätten zu gründen und diese fair, das heißt durch einen Lastenausgleich von ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben zu finanzieren?
11. Wenn Sie diesen Vorschlag unterstützen, wann und was werden Sie für die rasche Umsetzung unserer Forderung tun?
12. Falls Sie diesen Vorschlag nicht unterstützen, warum nicht?
13. Wie sieht Ihr Alternativmodell aus?